

GR. Mag. Gerhard SPATH
GR Sissi Potzinger
GR Peter Stöckler

09.07.2020

A N T R A G

Betreff: Lückenschluss der 30 km/h Beschränkung in der Messendorferstraße

Dieses Thema beschäftigt die Bevölkerung der Messendorferstraße, den Bezirksrat von St. Peter und auch den Gemeinderat schon seit mehr als 8 Jahren und wäre mit der Versetzung einer Verkehrstafel sehr einfach und kostengünstig zu lösen.

Zur Historie:

Bereits in den **Jahren 2012, 2014, 2017 und 2018** stellte ich im Gemeinderat Anfragen, bzw. Anträge bzgl. einer Übernahme des ca. 300 Meter langen Straßenstücks in der Messendorferstraße in das untergeordnete Straßennetz. Der Bezirksrat hat 2014 eine Ausweitung der 30km/h Beschränkung in diesem Bereich ebenfalls beschlossen und diesen Beschluss an die Stadt Graz weitergeleitet. Auch die Bevölkerung ist aktiv geworden, an die zuständigen Stellen des Straßenamtes herangetreten und hat um eine rasche Lösung im Sinne der Sicherheit (vor allem der Kinder) gebeten. Selbst die Medien haben darüber schon berichtet.

Die Antworten fielen allerdings sehr oberflächlich und nicht nachvollziehbar aus, vor allem werfen sie viele ungeklärte Fragen auf.

Am **13. Juni 2012** erhielt ich die Antwort auf meinen am 10. Mai 2012 gestellten Antrag:

„ ...Das Grazer Vorrangstraßennetz wird demnächst im Rahmen der im Straßenamt eingerichteten Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit begutachtet. In diesem Zusammenhang wird auch im gegenständlichen Abschnitt der Messendorfer Straße ein entsprechender Ortsaugenschein stattfinden.“

Am **25. 4.2014** fand dann eine Besprechung der Arbeitsgruppe „Verkehrssicherheit“ statt, bei der die Ausweitung des ca. 300 Meter langen Straßenstücks in der Messendorferstraße in das untergeordnete Straßennetz abgelehnt wurde.

Auszug aus dem Protokoll des Verkehrsreferats:

Messendorfer Straße – Bezirk St. Peter – Vorrangstraße:

Die Messendorfer Straße ist von der St. Peter Hauptstraße in Richtung stadteinwärts auf die Länge von etwa 500 m als Vorrangstraße geführt. Weiterfolgend ist diese Verkehrsfläche im Tempo-30-Netz gelegen, da dann zu beiden Seiten dichte Verbauungen anstehen und keine Gehsteige vorhanden sind.

Aus Kreisen der Bezirksvorstehung wurde der Antrag gestellt, auch für diesen Teil der Vorrangstraße in Zukunft Tempo-30 gelten zu lassen. Dies auch deshalb, da nunmehr an der Südseite dieser Verkehrsfläche eine dichte Verbauung vorhanden ist, nördlich davon sind noch freie unverbauete Flächen.

Die Messendorfer Straße ist im besagten Abschnitt sehr breit sowie übersichtlich trassiert und weist, bis auf geringe Abweichungen, eine vollkommen geradlinige Linienführung auf. Gehsteige sind nicht vorhanden, zu beiden Seiten der Fahrbahn befinden sich befestigte Straßenbankette mit einer Makadamoberfläche.

Nach intensiver Beratung durch die Arbeitsgruppe kommt diese zum Schluss, dass, so wie sich zurzeit diese Verkehrsfläche Kraftfahrzeugkern darstellt, diese nicht geeignet ist in das unterrangige Straßennetz übernommen zu werden.

FahrzeuglenkerInnen werden auf Grund der optischen Voraussetzungen eine eventuelle Tempo-30-Regelung nicht akzeptieren, die Verkehrssicherheit kann daher in diesem Bereich nicht angehoben werden.

Ohne das Setzen von entsprechenden Begleitmaßnahmen, die jedoch zu planen wären, fehlen auf jeden Fall die Voraussetzungen, die Vorrangregelung in der Messendorfer Straße in diesem Bereich aufzuheben.

Das Argument „ ... Fahrzeuglenker/innen werden auf Grund der optischen Voraussetzungen eine eventuelle Tempo-30-Regelung nicht akzeptieren, die Verkehrssicherheit kann daher in diesem Bereich nicht angehoben werden.“ ist nicht nachvollziehbar und grenzt gegenüber der dort wohnenden Bevölkerung und den Jungfamilien mit Kindern an Überheblichkeit. Das bedeutet, **weil KFZ-Lenker/innen die Vorschrift nicht einhalten, kann keine 30 km/h-Beschränkung eingerichtet werden!!!**

Seit rund einem Jahr wurde am Sternäckerweg gegenüber der Einfahrt zum Sturm-Trainingszentrum ein Radargerät aufgestellt, damit dort die 30km/h Beschränkung besser überwacht werden kann – gut so! Bei einem Straßenabschnitt, wo sich südlich davon keine dichte Wohnverbauung und nördlich davon eine freie landwirtschaftlich genutzte Fläche befindet, ist eine 30 km/h Beschränkung und eine permanente Geschwindigkeitsüberwachung notwendig, in einem dichtbesiedelten Gebiet, wo Jungfamilien mit kleinen Kindern wohnen, wohl nicht..

In der **Maisitzung 2017** des Gemeinderates stellte ich wiederum, gemeinsam mit meinem GR-Kollegen Pogner, den Antrag auf Ausdehnung der 30km/h Beschränkung auf die gesamte Messendorferstraße. Darauf habe ich bis heute nur die Antwort vom Straßenamt erhalten, dass die eingerichtete Arbeitsgruppe „Verkehrssicherheit“ die Erweiterung der 30 km/h Zone prüfen werde. Über Umwegen ist mir die Stellungnahme der Arbeitsgruppe vom 13.6.2017 ein Jahr später übermittelt worden.

Ende April 2018 wendeten sich Bewohner/innen der Messendorferstraße an den Leiter des Straßenamtes, Herrn DI Thomas Fischer, der Anfang Mai in seiner Antwortmail die Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Verkehrssicherheit“ vom 13.6.2017 zitierte.

Auszug aus der Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Verkehrssicherheit“ vom 13.Juni 2017

„In einem aktuellen Gemeinderatsantrag wurde gefordert, dass auch jener Abschnitt der Messendorfer Straße, abzweigend von der St. Peter Hauptstraße bis zum Haus Messendorfer Straße 140, welcher jetzt noch einen Teil des Grazer Vorrangstraßennetzes darstellt, in das untergeordnete Netz übernommen wird. Im weiteren Verlauf gilt in der Messendorfer Straße im Bezirk St. Peter Tempo 30.

Die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit hatte sich bereits im Rahmen der 301. Besprechung am 25.04.2014 mit dieser Fragestellung befasst. Damals war argumentiert worden, dass die Messendorfer Straße in diesem Abschnitt sehr breit sowie übersichtlich trassiert ist und bis auf geringe Abweichungen eine vollkommen geradlinige Linienführung aufweist. Gehsteige sind nicht vorhanden, beidseitig sind befestigte Straßenbankette mit einer Makadamoberfläche angeordnet. Südseitig ist eine dichte Bebauung vorhanden, allerdings werden die nördlichen Flächen landwirtschaftlich genutzt. Die Arbeitsgruppe vertrat damals die Meinung, dass für diesen Abschnitt die Voraussetzungen fehlen, um die Vorrangregelung in diesem Bereich aufzuheben, dafür wären begleitende Maßnahmen erforderlich. Ohne diese sei nicht damit zu rechnen, dass hier eine höchstzulässige Geschwindigkeit von 30 km/h akzeptiert wird.

In der Zwischenzeit wurde am südlichen Fahrbahnrand ein Mehrzweckstreifen verordnet. Um diese Maßnahme bei der Beurteilung ausreichend zu berücksichtigen, fand hier erneut eine Besichtigung statt:

Die Arbeitsgruppe vertritt nach wie vor die Meinung, dass die Messendorfer Straße in ihrer baulichen Ausführung auf diesem Abschnitt nicht dazu geeignet ist, ins untergeordnete Netz übernommen zu werden. Auch wurde angemerkt, dass ein Mehrzweckstreifen nicht in einer Tempo-30-Zone zur Anwendung kommen sollte, da bei einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h das Mischprinzip bevorzugt wird.

Zwar ist die Netzwirksamkeit der Messendorfer Straße nicht mehr gegeben, allerdings gibt es nach wie vor Linienbusverkehr, sodass bauliche Maßnahmen nur schwer realisierbar sind, ohne diesen zu beeinträchtigen. Um beurteilen zu können, welche Verkehrsbelastungen in der Messendorfer Straße vorherrschen bzw. welche Geschwindigkeiten gefahren werden, sollen hier über einen Zeitraum von einer Woche Verkehrszählungen sowie begleitende Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden. Nach Vorliegen dieser Ergebnisse wird die Arbeitsgruppe erneut mit dieser Fragestellung befasst.“

Die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit hat sich aus o.g. Gründen gegen eine durchgehende Geschwindigkeitsbeschränkung von max. 30 km/h im gegenständlichen Bereich ausgesprochen.

Wir hoffen, Sie mit dieser Stellungnahme ausreichend informiert zu haben und bitten um Verständnis, dass wir aus den angeführten Gründen den Vorschlag nicht umsetzen können.

Diese Stellungnahme wirft abermals Fragen auf, die leider unbeantwortet sind. Zuerst, wird nochmals die Stellungnahme der Arbeitsgruppe vom 25.4.2014 zitiert.

Weiters wird dabei hingewiesen, dass die Messendorferstraße aufgrund ihrer baulichen Ausführung auf diesem Abschnitt nicht zur Übernahme ins untergeordnete Straßennetz geeignet

ist. Anmerkung: Die Messendorferstraße ist in weiterer Folge vom Haus Nr. 140 Richtung Westen gleich ausgeführt, wie sie vom Kreisverkehr bis zum Haus Nr. 140 ausgeführt ist.

Auch das Argument „...*dass ein Mehrzweckstreifen nicht in einer Tempo-30-Zone zur Anwendung kommen sollte, da bei einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h das Mischprinzip bevorzugt wird...*“ schließt nicht aus, dass eine 30km/h-Beschränkung verordnet werden kann (sollte!!!).

Das Argument „... *allerdings gibt es nach wie vor Linienbusverkehr, sodass bauliche Maßnahmen nur schwer realisierbar sind, ohne diesen zu beeinträchtigen...*“ hält wohl auch nicht stand, betrachtet man die in naher Umgebung befindliche Großbaustelle St. Peter Hauptstraße, wo wesentlich öfter und erheblich mehr Linienbusverkehr stattfindet.

Am **16. Oktober 2019** hat sich ein Verkehrsunfall auf Höhe HausNr. 144 ereignet. Gott sei Dank ist niemand verletzt worden, allerdings lässt der Aufprall auf eine erhöhte Geschwindigkeit schließen. Die besorgten Eltern der angrenzenden Siedlung sind aus verständlichen Gründen beunruhigt, zumal sich dort auch kein Gehsteig befindet und die Fußgänger am Rand der Fahrbahn zum öffentlichen Verkehrsmittel zur Haltestelle Messendorf in der St. Peter Hauptstraße gehen müssen (siehe beigelegte Fotos). Ich bin abermals an das Straßenamt herangetreten und haben die Versetzung der Verkehrstafel verlangt – leider bis heute ergebnislos.

Die Straße ist ab der Brücke über den St. Peter Gürtel (Haus Nr. 104) bis zum Haus Messendorferstraße 140 ohnedies schon jetzt ins untergeordnete Straßennetz mit einer 30km/h Beschränkung übernommen. Es würde daher nur einer Versetzung der Beschränkungstafeln um 300 Meter bedürfen, um den Bewohner/innen und vor allem den dort lebenden Kindern die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu verbessern.

Namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

Antrag,

umgehend den verbleibenden Teil der Messendorferstraße ab Hausnummer 140 bis zum Kreisverkehr Messendorf (ca. 300 Meter) ins untergeordnete Straßennetz zu übernehmen und die zuständigen Stellen mit der Umsetzung (Versetzung der Straßentafeln) zu beauftragen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 9. Juli 2020

Antrag

Betrifft: **Denkmal für Hans Kloepfer**

„Schreibm tuat er si Hitler, / und uns so guat gsinnt, / wie ma weit in der Welt / net an liabern wo findt.“

Wer ein Gedicht wie dieses liest, dem muss klar sein, dass Hans Kloepfer nicht einfach nur ein Heimatdichter war, sondern aktiver Unterstützer des Nationalsozialismus. Kloepfers Mitgliedsnummer in der NSDAP entstammte einem Nummernkontingent, das „verdienten Österreichern“ vorbehalten war und Hitler und Goebbels ließen bei seinem Begräbnis 1944 Kränze niederlegen.

Dennoch erfährt Hans Kloepfer in Graz nach wie vor eine deutlich sichtbare Ehrung durch eine Büste am repräsentativen Schloßberg.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Büste des nationalsozialistischen Dichters Hans Kloepfer am Schloßberg möge kritisch kontextualisiert oder andernfalls entfernt werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 9. Juli 2020

Antrag

Betrifft: Ehrengrab Bartsch an der Mauer der Stallbastei

Im Zuge der Errichtung des Schloßbergmuseums werden auch die Mauern der Kasematten saniert. In die Mauer der Stallbastei eingelassen ist das Urnengrab des Grazer Ehrenbürgers Rudolf Hans-Bartsch, bedeckt von einer Gedenktafel mit einem Spruch von Josef Friedrich Perkonig.

Beide Schriftsteller – Bartsch und Perkonig – zählen zu den aktiven Unterstützern des Nationalsozialismus. Der Grazer Ehrenbürger Bartsch, nach dem auch eine Straße benannt ist, ist in der engeren Auswahl der Liste kritischer Straßennamen enthalten und sollte daher durch ein solches Ehrengrab nicht mehr gewürdigt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Im Zuge der Renovierung der Kasemattenmauern soll die Urne von Rudolf Hans Bartsch exhumiert und in einem normalen Urnengrab am Grazer Zentralfriedhof beigesetzt werden. Die Gedenktafel soll – bei Interesse – dem GrazMuseum zugehen oder vernichtet werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 9. Juli 2020

Antrag

Betrifft: Steiermark-Relief am Schloßbergmuseum

Im Zuge der Entstehung des Schloßbergmuseums werden auch Renovierungsarbeiten an den Gebäuden vorgenommen. Bei der Präsentation der Museumspläne war jedoch unklar, was mit der Steiermark-Reliefkarte passiert, die die Außenwand des Vordaches „ziert“, unter dem die Kanonen untergebracht waren. Auf der Karte ist die Steiermark in ihrer Ausbreitung während der NS-Zeit zu sehen – die slowenischen Gebiete sind darauf unkontextualisiert und undatiert als Untersteiermark verzeichnet, die Ortsnamen in deutscher Schreibweise angegeben.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die absolut nicht mehr zeitgemäße Darstellung der Steiermark auf der Reliefkarte am Schloßbergmuseum soll entfernt oder zeitlich und politisch kontextualisiert werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a. Sahar Mohsenzada

Graz, am 3. Juli 2020

Antrag

Betrifft: Erhöhung der Gewaltschutzmittel - Petition

Seit Jahresbeginn haben in Österreich 11 Männer ihre Partner*innen ermordet - 14 weitere haben es versucht.¹ Fest steht: Alle 2 Wochen wird in Österreich eine Frau ermordet. Die Schlagzeilen häufen sich: Letzte Woche hieß es „**Junge Mutter in Tirol erwürgt: Ehemann geständig**“², zwei Wochen davor in Kärnten: „**Doppelmord: Motiv noch immer unklar**“³.

Der Lockdown hat zudem noch einiges zur Verschärfung der Situation beigetragen, denn kein *Ort ist für Frauen gefährlicher als das eigene Zuhause*. Gerade in Krisenzeiten nimmt die Gewalt zu, nur dass sie in der Zeit des Corona-Lockdowns weniger sichtbar geworden ist, da oft nichts nach draußen dringen konnte, desweiteren fällt es den Opfern viel schwerer „wegzugehen“.

Gerade in dieser Situation ist die Frauenhelpline unersetzlich, sie verzeichnete einen 40%igen Anstieg während des Lockdowns. Die Helpline ist kostenlos und steht 24 Stunden pro Tag für Gewaltbetroffene zur Verfügung. Doch diese wichtige Institution musste ab Juni ihren Betrieb einschränken, denn es fehlen rund 80.000 Euro. Die Helpline wird mit jährlich 317.800 Euro zur Gänze aus dem Frauenministerium finanziert. Im Zuge der Corona-Krise hat Frauenministerin Susanne Raab zwar die Basisfinanzierung um 38.000 Euro aufgestockt und eine Einmalzahlung

¹ <https://www.a oef.at/index.php/zahlen-und-daten>

² https://kurier.at/chronik/oesterreich/junge-mutter-in-tirol-erwuergt-ehemann-gestaendig/400954904?fbclid=IwAR13ZCa_fLx5aTcY1yiR1YBMxgZ9IwEwnSo7ZNB0yESyh3RxbtZsUOBFu8

³ https://kaernten.orf.at/stories/3052137/?fbclid=IwAR0yadgRHvnn1bgukh6_X8uKWqcVKHs_szrMpXVjCQXRaliizDaxlcj8rnGE

über 22.000 Euro bereitgestellt. Aber diese Summe reicht bei weitem nicht aus. Dies versichert auch Maria Rösslhuber, Geschäftsführerin des Vereins Autonome Frauenhäuser.⁴

Die Frauenhelpline ist nur ein Beispiel für die chronische Unterfinanzierung von Gewaltschutzmaßnahmen in Österreich.

Die erste große repräsentative Studie der TU München zu Erfahrungen von Frauen und Kindern mit häuslicher Gewalt während der Corona-Pandemie besagt, dass rund 3,6 % der Männer ihre Partnerin während des Lockdowns vergewaltigt haben, 1,5 % der Frauen und 1,6% der Kinder wurden Opfer physischer Gewalt. Die Zahlen sind durchaus mit Österreich vergleichbar. Denn der Verlust des Arbeitsplatzes, die akuten finanziellen Sorgen, der verschlechterte psychische Gesundheitszustand sind Faktoren, die bei uns gleichermaßen aufgetreten sind.⁵ Auch wenn die Lockdown-Phase vorbei ist, kann man nicht davon ausgehen, dass es zu einem Rückgang von Gewalttaten kommen wird, allein, wenn man die Arbeitslosenstatistiken berücksichtigt. Abgesehen davon kann es jederzeit zu einer zweiten Welle kommen.

Gewalttaten gegen Frauen und Kinder haben sich während des Corona-Lockdowns also massiv verstärkt. Doch das Problem mit mangelnden Mitteln zur Gewaltprävention gibt es nicht erst seit heuer: Der Gewaltschutz ist in Österreich chronisch unterfinanziert. Das Frauenbudget wurde zehn Jahre lang nicht erhöht, aktuell liegt es bei rund 12,5 Millionen Euro. Manche mögen jetzt argumentieren, dass das Frauenbudget 2020, also erst kürzlich, von zehn auf etwas über zwölf Millionen erhöht wurde, doch dies ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, denn der Betrag entspricht lediglich der Inflationsanpassung.

Damit eine tatsächliche, nachhaltige und wirksame Strategie in der Gewaltprävention umgesetzt werden kann, wäre ein 210-Millionen-Euro-Paket zur Finanzierung von Schulungen, Workshops, Infomaterialien, Beratungsangeboten und Notunterkünften usw. erforderlich. Der Betrag wird nicht zuletzt von der Allianz „Gewaltfrei leben“ als realistisch angesehen und gefordert.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, an die Bundesregierung sowie den Bundesgesetzgeber heranzutreten und folgende Maßnahmen im Petitionsweg einzufordern:

- 1. Die sofortige finanzielle und personelle Aufstockung der Frauenhelpline muss gewährleistet werden.**
- 2. Die Förderung im Bereich der Gewaltprävention ist massiv aufzustocken, um die im Motivenbericht skizzierten Maßnahmen entsprechend finanzieren zu können.**

⁴ <https://www.zeit.de/2020/21/haeusliche-gewalt-corona-lockdown-frauenhaeuser/seite-1>

⁵ <https://www.tum.de/nc/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/details/36053/>

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **09. Juli 2020** von Gemeinderat Ing. Roland Lohr

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 09. Juli 2020

Betreff: Mülltonnen Ecke Kuwassegasse/Harter Straße
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Kuwassegasse ist eine öffentliche Straße mit Gegenverkehr und mit nur einer Breite von ca. 4,80 Meter. Seit längerer Zeit klagen Anrainer darüber, dass die Mülltonnen an der Ecke zur Harterstrasse sehr knapp an der Fahrbahn stehen und ein Vorbeifahren bei Gegenverkehr nicht oder nur schwer möglich ist. Auch werden diese Tonnen des Öfteren von Fahrzeugen touchiert und ragen dann noch weiter in die Fahrbahn. Verkehrsteilnehmer sind gezwungen, zum Leidwesen der Anrainer über benachbarte Grundstücke auszuweichen. Unweit dieser Müllinsel befindet sich neben dem BG/BRG Klusemannstraße eine weitere Müllinsel, die noch Platz für diese zusätzlichen Tonnen hätte.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz möge prüfen, ob die Mülltonnen an der Ecke Kuwassegasse/Harter Straße auf einem nahegelegenen Standplatz aufgestellt werden können, um den Verkehrsfluss ungestört fließen zu lassen und es damit zu keinen Verkehrs- und Besitzstörungen mehr kommt.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **09. Juli 2020** von Gemeinderat Berno Mogel

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 09. Juli 2020

Betreff: Flexibilisierung von Öffnungszeiten der städtischen Bäder
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In den letzten Jahren konnte man feststellen, dass vor allem im Sommer die Temperaturverteilung über den Tag eine Veränderung erfahren hat. Nicht selten befindet sich die heißeste Phase des Tages nicht mehr um die Mittagszeit, sondern verschiebt sich in die Nachmittagsstunden. Eine Abkühlung ist oft erst spät abends zu spüren.

Aufgrund der jetzigen Situation (Corona) werden viele Grazer heuer nicht auf Urlaub fahren können. Die Stadt Graz kann hier für mehr Erholungsmöglichkeiten sorgen, indem zum Beispiel die Öffnungszeiten der Bäder in die Abendstunden erweitert werden.

Je nach Wetterlage und Tageslichtsituation kann eine spätere Sperrstunde der Bäder angedacht werden. Dies kann im Probetrieb durch angekündigte Aktionstage durchgeführt werden. Da zurzeit der Kartenverkauf größtenteils online durchgeführt wird, kann über diese Stelle die Information solcher Aktionstage an die Grazer sehr einfach verbreitet werden.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz möge prüfen, ob eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten unter Berücksichtigung der Wetterlage und der Tageslichtsituation für die städtischen Freibäder zur Erweiterung des Erholungsangebots für die Grazer möglich ist.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **09. Juli 2020** von Gemeinderätin
Mag. Astrid Schleicher

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 09. Juli 2020

Betreff: Hundewiesen
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die jahrtausendealte Verbindung zwischen Mensch und Hund wird mittlerweile auch sehr stark im städtischen Raum gelebt. Dass der Hund zahlreiche positive Einflüsse auf den Menschen und auf die Entwicklung von Kindern hat, ist hinlänglich bekannt. Der Hund ist ein wertvoller Bestandteil im menschlichen Sozialgefüge.

Die Stadt wächst. Der Bedarf an Hundewiesen ist nicht nur aufgrund der steigenden Bevölkerungszahl, sondern auch durch die zunehmende bauliche Verdichtung im Stadtgebiet weiterhin sehr groß. Es sollte das Ziel der Stadt Graz sein, in den Bezirken eine gleichmäßige Abdeckung mit Hundewiesen sicherzustellen um dort legalen Hundauslauf, gem. § 3b Steiermärkisches Landessicherheitsgesetz, das heißt ohne Leine und Maulkorb, zu ermöglichen.

Eine Hundewiese kann aus raumordnungsrechtlichen Gründen nur in einer gewidmeten öffentlichen Parkanlage (öpa) oder auf einer gewidmeten Sport- und Spielfläche (spo/spi) errichtet werden. Eine Petition an das Land Steiermark, Hundewiesen auch auf Freilandflächen zu ermöglichen war leider nicht fruchtbringend.

In Graz weist bereits der Großteil der größeren Parkanlagen eine Hundewiese aus. Will die Stadt nun in Zukunft weiteren Freiraum für Hundehalter und ihre Hunde zu Verfügung stellen, ist sie aufgrund der Flächenwidmung aber sehr eingeschränkt.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz soll prüfen, welche Freilandflächen in Flächen für öffentliche Parkanlagen oder Sport- und Spielflächen umgewidmet werden können, unter der Prämisse dort eine Hundewiese zu errichten.



Antrag
der Grünen - ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 9. Juli 2020

von

GR Mag. Gerald Kuhn

Betreff: Antidiskriminierungsarbeit im Bildungsbereich

Antidiskriminierungsarbeit muss ein wesentlicher Bestandteil in der Bildung sein. Kinder lernen sehr stark von Bildern bzw. von Vorgelebtem. In Schulen und Kindergärten kann gut gegen Rollenstereotypen und Vorurteile gearbeitet werden, indem die Wirklichkeit von z.B. vielfältigen Familienformen, durch Erzählungen aufgezeigt werden können.

Die Stadt Graz als Menschenrechtsstadt sollte ihre politische Aufgabe wahrnehmen und die Bildungseinrichtungen für die sie zuständig ist, aktiv mit u.a. zusätzlichem Budget für Schulungen, Workshops oder Literatur, die sie zur Verfügung stellt, unterstützen und somit die Wichtigkeit der Antidiskriminierungsarbeit in den Bereichen Gleichstellung und Umgang zwischen Frauen und Männern, sexuelle Orientierung, Herkunft, Alter oder Beeinträchtigung zu unterstreichen.

Eine solidarische, von Akzeptanz geprägte Gesellschaft, sollte unser aller Ziel sein und die Stadt Graz kann dieses Ziel auch zusätzlich aktiv fördern.

Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden

Antrag

Die Abteilung für Bildung und Integration wird ersucht, alle Bildungseinrichtungen, die ihr zugeordnet sind, in der Antidiskriminierungsarbeit – speziell zu den Themen Gender, sexuelle Orientierung oder Herkunft aktiv in Form von zusätzlichen Angeboten wie Workshops, queerer und gendergerechter Literatur für die Bibliotheken oder Schulungen für das Betreuungspersonal monetär zu unterstützen.



Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 09. Juli 2020

von

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: Straßenrandbäume leisten einen wichtigen Beitrag zur Kühlung von Verkehrsflächen!

Oftmals ist es aufgrund des engen Straßenraums oder aufgrund von Leitungen auf öffentlichem Gut schwierig, Bäume zu pflanzen. Sogenannte Straßenrandbäume auf privatem Grund können in diesen Fällen – ähnlich Alleen – einen wertvollen Beitrag zur Kühlung der Stadt leisten. Daher sollte es uns ein Anliegen sein, dass möglichst viele private GrundeigentümerInnen bereit sind, auf ihren Grundstücken entlang von Straßen großkronige Bäume zu pflanzen und zu erhalten. Das Umweltamt hat bereits eine Förderung für Baumpflanzungen initiiert, die für solche Pflanzungen in Anspruch genommen werden könnte. Einen zusätzlichen Anreiz für Private würde eine Unterstützung bei der Pflege durch die zuständigen Stellen der Stadt Graz bzw. der Holding Graz bilden.

Daher stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG folgenden

Antrag

- 1.) Das Straßenamt wird in Absprache mit der Holding Graz Stadtraum um die Übermittlung des Textvordruckes, der standardmäßig an AnrainerInnen zum Rückschnitt und zur Entfernung von Straßenrandbäumen übermittelt wird sowie um Angabe, wie viele solche Schreiben in den letzten 10 Jahren versandt wurden, ersucht.
- 2.) Das Straßenamt wird in Absprache mit der Holding Graz Stadtraum basierend auf den obigen Daten um Abschätzung des zusätzlichen Personalbedarfs sowie der zusätzlichen durchschnittlichen jährlichen Kosten gebeten, wenn die Freihaltung des erforderlichen Lichtraumprofils der Gemeindestraßen bei Bäumen auf Privatgrund durch die StraßenerhalterInnen anstatt durch die AnrainerInnen erfolgen würde.

- 3.) Die Referate für BürgerInnenbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit werden um Durchführung einer repräsentativen Studie, wie viele StraßenanrainerInnen zur Pflanzung von Bäumen zur Straße hin bereit wären, ersucht, wenn der erforderliche Rückschnitt im Straßenraum durch die Stadt Graz bzw. die Holding Graz Straße durchgeführt würde.



Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 09.07.2020

von

GRⁱⁿ Tamara Ussner

Betrifft: Autofreie Schlögelgasse

Die derzeitige temporäre Lösung in der Schlögelgasse den Menschen den Raum zurückzugeben, um genügend Abstand am Bauernmarkt halten zu können, hat in letzter Zeit zu Kritik geführt. Anrainer*innen und Lieferant*innen können nicht mehr zufahren und außerdem ist ein Behindertenparkplatz weggefallen.

Die Menschen in Graz wünschen sich klar eine Umverteilung des öffentlichen Raumes aber es muss trotzdem Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort genommen werden. Um eine dauerhafte verkehrsberuhigte Schlögelgasse umzusetzen, braucht es noch weitere Adaptierungen.

Deshalb stelle ich im Namen der ALG folgenden

Antrag

1. Verkehrsstadträtin Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, umgehend die Wiedererrichtung des aufgelassenen Behindertenparkplatzes zu veranlassen.
2. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, schnellstmöglich Lösungen für die Zufahrtsprobleme von Anrainer*innen und Lieferant*innen auszuarbeiten und umzusetzen, beispielsweise indem die Schlögelgasse als Begegnungszone ausgewiesen wird.



Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 09.07.2020

von

GRⁱⁿ Tamara Ussner

Betrifft: Fahrradserviceboxen für Graz

Eine Radhauptstadt zeichnet sich nicht nur durch die nötige Straßeninfrastruktur für Radfahrende aus, sondern auch durch die Möglichkeit das eigene Rad am Weg von A nach B zu warten.

Fahrradserviceboxen sind ein kostengünstiger und effektiver Schritt, um das Radfahren in urbanen Räumen zu fördern. Beispielsweise kann bei zu wenig Luft im Reifen dieser rasch aufgepumpt werden und das Fahren selbst wird wieder viel angenehmer. Speziell für Menschen, die keinen Zugang zu offenen Radwerkstätten haben und sich selbst keine regelmäßige Wartung in einem Geschäft leisten können, stellen Fahrradserviceboxen eine wichtige Infrastruktur dar.

Deshalb stelle ich im Namen der ALG folgenden

Antrag

1. Verkehrsstadträtin Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Prüfung von 20 passenden Standorte für neue Fahrradserviceboxen sowie - in Absprache und Kooperation mit den jeweiligen Immobilieneigentümer*innen (GBG, Holding, Stadt Graz etc.) - deren Installation zu veranlassen.
2. Weiters wird Verkehrsstadträtin Elke Kahr ersucht, für die Wartung der Fahrradserviceboxen Sorge zu tragen, beispielsweise über eine Beauftragung des Vereines Bicycle.



Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 09.07.2020

von

GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA

Betrifft: Mehr KundInnen-Freundlichkeit bei der Holding Graz

Auch in diesem Sommer wird es wieder etliche Hitzetage geben und viele GrazerInnen werden sich in unseren Schwimmbädern erholen und abkühlen wollen. Aufgrund der noch nicht ganz gebannten Gefahr der Corona Übertragung wurden verschiedene Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Die Grazer Bäder sind durch die Covid-Krise natürlich sehr gefordert, die entsprechenden Sicherheitsregeln umzusetzen. Die jetzt getroffenen Regelungen erscheinen allerdings sehr starr und nicht dazu angetan, unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen einen möglichst barrierefreien Zugang für die Badegäste sicherzustellen.

So können Eintrittskarten nur online reserviert werden, obwohl zunächst eine telefonische Reservierung in Aussicht gestellt wurde. Bei der Online-Reservierung war in der ersten Zeit nur eine Bezahlung mit Kreditkarte möglich, vor Kurzem ist nun die Möglichkeit der Sofort-Überweisung dazugekommen. Letzten Sonntag brach das Online-Reservierungssystem völlig zusammen, sodass etliche Menschen mit bezahlten Eintrittskarten die Bäder wegen Überfüllung nicht betreten konnten. Diese Menschen sollen nun den bezahlten Eintritt zurückerstattet bekommen, was als Wiedergutmachung etwas mager erscheint. Den betroffenen Menschen könnten für die entstandenen Unannehmlichkeiten zumindest ein oder zwei Tageseintritte für die Grazer Bäder und ein Konsumationsgutschein für ein Essen vor Ort angeboten werden.

Verständlich ist, dass in der derzeitigen Situation keine Saison- und Stundenkarten vergeben werden. Zumindest das Angebot einer Halbtageskarte würde aber sehr viel Sinn machen. Gerade Familien, deren Kinder im Sommer schulfrei haben, würden eine Vormittagskarte sicher gut annehmen. Damit würden die Kapazitäten der Bäder deutlich besser genutzt werden, als es bei einer ausschließlichen Ausgabe von Tageskarten der Fall ist.

Insgesamt gibt es in puncto KundInnenfreundlichkeit der Grazer Bäder doch noch einige Luft nach oben. Auch das frühe Schließen Anfang September ist für viele GrazerInnen nicht nachvollziehbar. In den letzten Jahren gab es auch noch Mitte September heiße Tage, an denen viele GrazerInnen gerne die Schwimmbäder genutzt hätten – diese hatten allerdings bereits zugesperrt.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag

Stadtrat Günter Riegler wird ersucht, mit der Geschäftsführung der Freizeit GmbH der Graz Holding Gespräche zu führen, um mehr KundInnenfreundlichkeit (vielfältigeres Kartenangebot, stabiles Online-Reservierungssystem, Wiedergutmachungsangebot an GrazerInnen, die am Sonntag nicht ins Bad konnten, längere Öffnungszeiten im Herbst) in den Grazer Schwimmbädern sicherzustellen.



Antrag
der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 09.07.2020

von

GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA

Betrifft: Murwasserqualität – ist die Mur wirklich zum Baden da?

Seitdem die Augartenbucht angelegt wurde, wird die Mur von vielen GrazerInnen, vor allem von Kleinkindern, zum Baden und Plantschen genutzt. In der Juni-Ausgabe der BIG bewarben Bürgermeister Nagl und Bürgermeister-Stellvertreter Eustacchio sogar explizit das Baden in der Augartenbucht: „So können große und kleine Badefans zwischen drei Destinationen auswählen: Schwarzlsee, Augartenbucht und Thalersee.“

Ob die Wasserqualität der Mur tatsächlich ein unbedenkliches Baden ermöglicht, ist aber zumindest fragwürdig. Für Badegewässer gelten eigene, sehr strenge Kriterien, die von Flüssen aufgrund der Belastung mit Bakterien und Keimen oftmals nicht erfüllt werden.

Im Sinne der Gesundheit der Grazerinnen und Grazer gilt es deswegen dringend, die Wasserqualität der Mur eingehender zu untersuchen.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag

Der für Gesundheit zuständige Stadtrat Robert Krotzer wird ersucht, an die zuständige Abteilung des Lande Steiermark - A15 Gewässeraufsicht heranzutreten, mit dem Ziel, dass eine aktuelle und wissenschaftlich fundierte Untersuchung der Wasserqualität der Mur durchgeführt wird.

Betreff: Spielplatz und Grillplatz Kalkleiten –
Verbesserung gefordert!



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Mag.^a Susanne Bauer
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 9. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Spielplatz und der Grillplatz in Kalkleiten wird gut genutzt und es ist schön zu sehen wie viele Menschen sich dort im Freien aufhalten, wie viele Kinder spielen und wie viele Familien dort grillen. Doch die 10 Grillplätze auf der Wiese und entlang des Waldes sind zu wenig. Die zur Verfügung gestellten Abfallbehältnisse sind viel zu klein und die Abfalltrennmöglichkeiten sowie eine taugliche Handlungsanleitung für das Grillen und die Abfallentsorgung fehlen.



Das Grundstück gehört der GBG und ist an die Immobilienabteilung vermietet. Für die Abfallbehältnisse ist die Holding zuständig.

Wir befinden uns vor einem Sommer, wo viele Menschen auch im Urlaub zu Hause bleiben und die Stadt soll ihnen auch die Möglichkeit geben, sich im Freien zu treffen und gemeinsam zu grillen oder zu picknicken, und den Kindern Raum zur Bewegung geben.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nachfolgenden

Antrag:

Die GBG wird in Verbindung mit der Immobilienabteilung aufgefordert, mehr Grillplätze einzurichten, um „freies“ grillen in der Wiese und am Waldrand zu verhindern und entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten, verbunden mit einer Beschriftung für die ordnungsgemäße Entsorgung, zu schaffen.

Betreff: Bad zur Sonne / Prüfung der Möglichkeit
auch für Publikums-Öffnung



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Mag. Gerald Haßler
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 9. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Bad zur Sonne steht – geschuldet der Corona-Krise – bis September ausschließlich den Grazer (Sport-)Vereinen zur Verfügung – eine durchaus nachvollziehbare Entscheidung, da aufgrund vieler Einschränkungen infolge der Pandemie Trainings wie auch Schwimmkurse etc. nur sehr bedingt möglich sind.

Allerdings gibt es aufgrund der Pandemie auch für die Bevölkerung zahlreiche Einschränkungen – so werden etwa heuer deutlich weniger Grazer Familien einen Sommerurlaub am Meer verbringen, sondern zu Hause bleiben (müssen) und somit die Freibäder in und um Graz mehr als in der Vergangenheit in den Blickpunkt geraten. Jedoch: Auch in diesen gibt es aufgrund von Corona eng limitierte BesucherInnenzahlen. Weswegen naturgemäß es bereits etliche Nachfragen betreffend das Bad zur Sonne gab, inwieweit hier nicht doch eine zumindest teilweise Öffnung des Bades für den Publikumsbetrieb möglich wäre.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen beauftragt werden zu prüfen, inwieweit für das Bad zur Sonne zumindest eine teilweise Öffnung für den Publikumsbetrieb möglich wäre.

Betreff: Revitalisierung der ehemaligen Fitnessmeile
beim Bad Straßgang im Waldstück hinter dem Haus
„Am Katzelbach 31“

A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Mag. Gerald Haßler
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 9. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor Jahrzehnten wurde in Straßgang im Waldstück hinter dem Haus „Am Katzelbach 31“, direkt gegenüber dem Bad Straßgang, eine „Fitnessmeile“ errichtet. Initiiert und betreut wurde diese „Fitnessmeile“ vom damaligen „Fremdenverkehrs- und Verschönerungsverein Straßgang“ mit Sponsorgeldern der Merkur Versicherung.

Mit Auflösung des „Fremdenverkehrs- und Verschönerungsvereines Straßgang“ war die Fitnessmeile dem Verfall preisgegeben.

Im Jahr 2011 wurde im Rahmen des EU-Projektes „SEE Program ViTo - Integrated Urban Development of Vital Historic Towns as Regional Centres in South East Europe“ der Versuch unternommen, vier Stationen der Fitnessmeile zu reaktivieren. Leider kam es nie zur Umsetzung.

Heute ist diese ehemalige Fitnessmeile nur mehr ein „Schandfleck“ und ein Gefahrenbereich, da immer noch Fundamentteile und Überreste der ehemaligen Fitnessstationen entlang des Spazierweges hervorragen. Dieser „Schandfleck“ wird nicht nur von BezirksbewohnerInnen, sondern auch von den TouristInnen des nahegelegenen Campingplatzes im Bad Straßgang immer wieder bekrittelt.

Das Sportjahr 2021 würde nun einen guten Anlass bieten, um an dieser Stelle oder im Umfeld des Bad Straßgang, wo ja auch der einzige Grazer Camping- bzw. Wohnwagenpark angesiedelt ist, eine zeitgemäße Fitness- bzw. Streetworkout-Anlage zu errichten.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen beauftragt werden zu prüfen, inwieweit die Schaffung einer zeitgemäßen Fitness- bzw. Streetworkout-Anlage im Bereich der ehemaligen „Merkur Fitnessmeile“ in Straßgang möglich ist. Sollte eine Revitalisierung nicht möglich sein, mögen die zuständigen Stellen beauftragt werden, die Überreste der ehemaligen „Fitnessmeile“ zu beseitigen bzw. beseitigen zu lassen.

Betreff: Zusätzliche Abstellmöglichkeiten für Fahrräder
und Motorräder im Bereich Josef-Pongratz-Platz



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Mag. Gerald Haßler
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 9. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Bereich Josef-Pongratz-Platz/Pestalozzistraße sind unter anderem die Landeszentrale Steiermark der Österreichischen Gesundheitskasse mit einem angeschlossenen Gesundheitszentrum, das Haus der Gesundheit des Landes Steiermark mit der Landesimpfstelle, die Suchtberatungsstelle Vivid, das BG/BRG Pestalozzi und die BHAK Grazbachgasse angesiedelt.

Aufgrund der hohen Anzahl an MitarbeiterInnen, KundInnen und SchülerInnen, die diese Einrichtungen aufsuchen, ergibt sich dort täglich eine enorme Frequenz, die dazu führt, dass die öffentlichen Abstellflächen für Fahrräder und Motorräder im Umkreis speziell in der wärmeren Jahreszeit permanent überlastet sind.

Aufgrund der vorhandenen öffentlichen Tiefgarage und der Kurzparkzonen sind einzig und allein für PKW ausreichend Parkplätze vorhanden, was nicht gerade zur Förderung der sanften Mobilität beiträgt.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen beauftragt werden zu prüfen, inwieweit die Schaffung zusätzlicher Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Motorräder im Bereich Josef-Pongratz-Platz/Friedrichgasse/Pestalozzistraße möglich wäre.

Betreff: Öffentliche Toiletanlage
Gösting



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 9. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Unsere Stadt Graz stellt mehr als 40 öffentliche WC-Anlagen zur Verfügung. Einige davon werden in der Ausführung Hyclo WC-Zelle geführt, besser bekannt als sog. „Dixi-Klos“. Derartige WC-Anlagen sind für einen Einsatz auf Baustellen oder Großveranstaltungen sehr gut geeignet, sie passen jedoch in hygienischer und vor allem optischer Hinsicht nicht in ein Stadtbild als permanente öffentliche WC-Anlage und sollten nur in speziellen Ausnahmefällen verwendet werden.

Ein derartiges „Dixiklo“ wird nun auch in Gösting bei der Endstation verwendet, das für dieses Ausflugsziel sicherlich keine Augenweide darstellt. Gleichzeitig befindet sich an diesem Standort auch das Gebäude einer aufgelassenen Trafik, das sich angeblich im Besitz des Marktamtes befindet und derzeit leer steht, was ebenso wenig zur Verschönerung der Umgebung beiträgt.

Diesbezüglich würde nun die Chance bestehen, das leerstehende Gebäude aufzuschließen und dort eine öffentliche WC-Anlage zu errichten, die auch optisch zum Ausflugsziel Gösting passt.

Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz und die Holding Graz sollen im Bereich der Endstation Gösting eine öffentliche WC-Anlage errichten, wobei dafür das leerstehende Gebäude (ehemalige Trafik) aufgeschlossen und entsprechend adaptiert wird.

XII., GÖSTING Löseranlage

Die Beleuchtung
dieser Parkanlage
wurde den Besuchern
von der
Grazer Stadtwerke AG
gewidmet.

Öffentliche WC - Anlage

←

GENUG
GEZAHLT!

Wandern mit Tram und Bus Bereich Plabutsch

Weg Nr.	Wanderweginformation	Gehzeit in Std.	Haltestelle Gösting
1	Korntschöng Von Hst. Gösting - Fürstentempel - Plabutsch (Fürstentempel) Länge 2,8 km	1	
2	Fürstentempel - Herrgott auf der Wies - Stadlerpark - Jänisch und Post - Bachkogel - Radlberg - St. Ortrud - Mählers - Fürstentempel - Straberg (Hst. St.) Länge 12 km	3	
3	Gösting - Fürstentempel (Bühnenweg) - Plabutsch (Fürstentempel)	1	
4	Von Hst. Stadlerpark - Karbenweg - Gostner Naturwäldchen (Lärwäldchen) - Plabutsch (Fürstentempel) Länge 2,8 km	1	
5	Von Hst. St. Eggenberg - Almsert - Weg zur Heidealm - Mählerpark (Gemeinschafts Weg Nr. 2) - Plabutsch (Fürstentempel) Länge 3 km	1	
6	Von Hst. St. Eggenberg - Radlberg (Herrgott auf der Wies) - Thalerweg (Hst.) Länge 4 km	1	
7	Mählerpark Von Hst. St. Eggenberg - Gostnerpark (Herrgott auf der Wies) - Stadlerpark - Jänisch und Post - St. Ortrud	1	
8	Von Hst. St. Ortrud - Stadlerpark - Gostnerpark (Herrgott auf der Wies) Länge 1,7 km	1,7	
9	Thalerweg - Almsertalm in das Korntschöng (Fürstentempel)	1,9	

Haltet die Wanderwege sauber!
AV - Sektion Graz St.G.V.

CEAV Hempothek

Wandern mit Tram und Bus Bereich Gösting - Straßengel

Weg Nr.	Wanderweginformation	Gehzeit in Std.
1	Rund um den Frauenkogel Schloßplatz Gösting - Halmweg - Jägerweg - Burgsteig (Trenne) Gösting - Ammerl - Steinkegel - Radlberg - Plabutsch - Strabergstraße - Schloßplatz Gösting (Hst.) - Länge: 12 km	4
2	Plabutsch - Radlberg - Laitz - Jägerweg - Länge: 1,5 km	1,5
3	Plabutsch - Radlberg - Plabutsch - Waldendach - Jägerweg - Länge: 1,5 km	1,5
4	Schloßplatz Gösting - Halmweg (gleich mit Weg 1 bis Steinkegel) Radlberg - Ammerl - Steinkegel - Schloßplatz - Radlberg - Waldendach - Strabergstraße - Am Gostnerpark - Wegkreuz Wendling - Länge: 8 km	1
5	Von Hst. Thal-Klosterberg - Kreuzweg - Blüchle am Straßengel - Thaler Rast - Kirche Straßengel - Bahn Hörsing - Jägerweg - Länge: 7,9 km	3
6	Von Hst. Thal-Klosterberg - Schloßplatz - Waldendach - Wegkreuz Wendling - Gehrt Jägerweg - Waldweg am Forstweg - Sternwarte beim Anton-Artisch-Kinderpark - Steinberg - Hirschenwirt (Hst.) - Länge: 7 km	2,5

Österr. - Gösting







Antrag
an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 9. Juli 2020

Seit dem viralen Video des Mordes an George Floyd beschäftigen sich nicht nur die BürgerInnen in den USA, sondern auch Grazerinnen und Grazer mit Rassismus. Die Grazer Black Lives Matter Demonstration erreichte eine erstaunliche BesucherInnenanzahl von über 10.000 Menschen und ist somit eine der größten in der Geschichte unserer Stadt. Und wir bemerken: Rassismus ist nicht nur ein Problem in den USA. Es ist auch kein individueller Fehltritt. Rassismus existiert in Österreich und findet sich in allen Gesellschaftsebenen wieder. Und das auch auf institutioneller Ebene.

Spätestens die Black Lives Matter Demo in Graz hat uns bewiesen, dass aktiver Antirassismus und das Bemühen der Politik, antirassistisch zu sein, den Grazerinnen und Grazern wichtig ist. Nun gilt es für die Grazer Stadtpolitik, sich aktiv um eine Stadt mit anti-rassistischem Selbstbewusstsein zu bemühen. Dabei braucht es vor allem den Dialog, die Aufklärung über die Geschichte und das Entfernen rassistischer Symboliken und Sprachen. Gerade, weil Graz Menschenrechtsstadt ist müssen wir hier eine VorreiterInnenrolle einnehmen. Namensänderungen wie die der „Mohrenapotheke“ in Wien, sollten einen Denkanstoß in Graz starten. Diese rassistisch behafteten Namen und Symboliken finden wir hier auch in Graz. Hier benötigt es nicht nur leere Worte einer angeblichen Solidarität, sondern tatsächliche Taten, um ein Graz für alle Grazerinnen und Grazer zu schaffen.

Daher stelle ich im Namen der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

- 1) Die Einrichtung eines „Runden Tisches“ zum Thema rassistischer Symboliken/Namensträgern in Graz unter Einbindung von ExpertInnen, Betroffenen, dem MigrantInnenbeirat, Vereinen und aller im Gemeinderat vertretenen Parteien.
- 2) Der „Runde Tisch“ sollte durch Dialog und Austausch das Ziel verfolgen, rassistische Symboliken aus dem Grazer Stadtbild zu entfernen.



Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 9. Juli 2020
eingebracht von **Sabine Reininghaus**

Betrifft: Ausbau Internet Graz

Österreich ist kein Vorreiter im Internetausbau in Europa. Ganz im Gegenteil: Österreich ist mittlerweile sogar Schlusslicht (!) beim Glasfaserausbau in Europa.¹ Eine traurige Tatsache ist, dass Graz sogar innerhalb von Österreich hinterher hinkt: Beinahe alle österreichischen Städte vergleichbarer Größe sind weiter fortgeschritten im Breitbandausbau als Graz (siehe Anhänge). Durch die Covid-19 Pandemie und der einhergehenden Umstellung vieler Betriebe auf den Homeoffice-Betrieb wurden die Versäumnisse einer schlechten Internetanbindung an das Internet leider allgegenwärtig: Schüler_innen wie Arbeitnehmer_innen mussten feststellen, dass mit einer Upload Geschwindigkeit von gerade einmal 0,7 Mbit/s eine reibungslos ablaufende Videokonferenz einfach nicht möglich ist und folglich in dieser Zeit weder beruflich noch schulisch vernünftig arbeiten konnten.

Unabhängig von der Corona-Krise hat die Bundesregierung diese Problematik bereits erkannt und sich diesem Thema gewidmet: So wurde im Zuge der Österreichischen Breitbandstrategie 2020 die sogenannte Breitband-Milliarde angekündigt. Das zuständige Ministerium begründete diesen Schritt so, dass der Breitbandausbau eine wichtige Grundausstattung für die fortschreitende Digitalisierung und schnelles Internet ist und hat erst kürzlich weitere 170 Millionen Euro an Gemeinden und die Netzbetreiber vergeben. Förderungen welche die Grazer Stadtregierung oft nicht wahrgenommen hat: Eine Bürgeranfrage (siehe Anhang) bei zuständiger Stelle ergab, dass beispielsweise der südosten von Graz als förderwürdig (unter 30 Mbit/s) deklariert ist aber das Fördergeld für den Breitbandausbau nie beantragt wurde.

1

<https://www.ftthcouncil.eu/documents/PR%20Market%20Panorama%202020%20FINAL%202.pdf>

Diese Thematik wurde in einer Anfrage von Gemeinderätin Mag.a Andrea Pavlovec-Meixner bereits behandelt. Laut der Anfragebeantwortung von Stadtrat Dr. Riegler vom 18.05.2020 sind nur für jene Gebiete unterversorgt welche in dünn besiedelten Regionen sind und in welchen ein Ausbau des Breitbands folglich nicht akut notwendig ist. Die Plattform breitbandatlas.at zeigt in Form von 100x100 Raster den vertraglich fixierten Ausbauplan. Laut dieser Quelle sind die Aussagen von Stadtrat Dr. Riegler leider schlicht falsch. So liegen beispielsweise große Teile um die St. Peter Hauptstraße, die Spabersbachgasse oder den Lendplatz in Gebieten wo keine 30 Mbit/s erreicht werden können. Dies sind allesamt bei weitem keine "dünn besiedelten Gebiete" und könnten folglich gefördert werden.

Zukünftig muss daher bei Infrastrukturprojekten dem Breitbandausbau eine höhere Priorität eingeräumt werden, die Breitbandgeschwindigkeiten in GRaz erhöht werden und zur Verfügung stehende Fördergelder in dicht besiedelten Stadtgebieten bezogen werden.

Im Sinne einer enkelfittigen Stadt mit adäquater Internetversorgung stelle ich gemäß §17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

Antrag,

- 1) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, zu prüfen ob die bestehenden Förderungen für den Breitbandausbau bestmöglich genutzt werden und gegebenenfalls weitere Förderangebote für einen schnellen und kosteneffizienten Breitbandausbau wahrzunehmen.**
- 2) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz bekennen sich dazu den Rückstand im Breitbandausbau zu beheben und prüfen mit welchen Mitteln bestmöglich und kosteneffizient auf die übrigen Landeshauptstädte aufgeschlossen werden kann.**

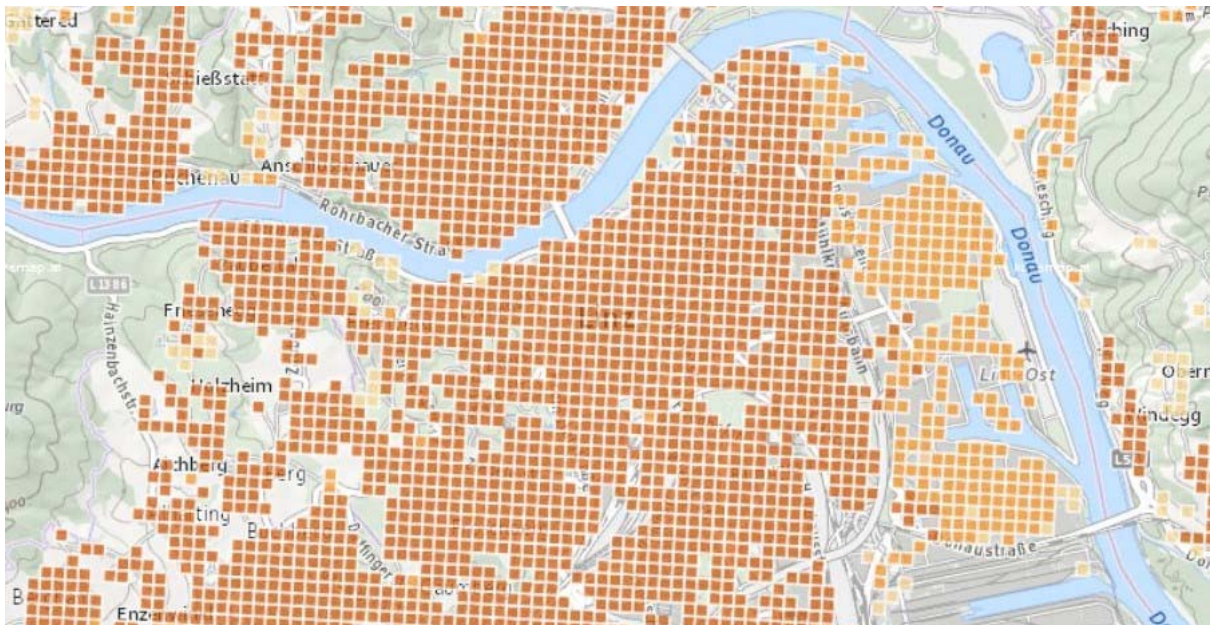
Anhang Vergleich Breitband-Ausbau:

Quelle: breitbandatlas.at

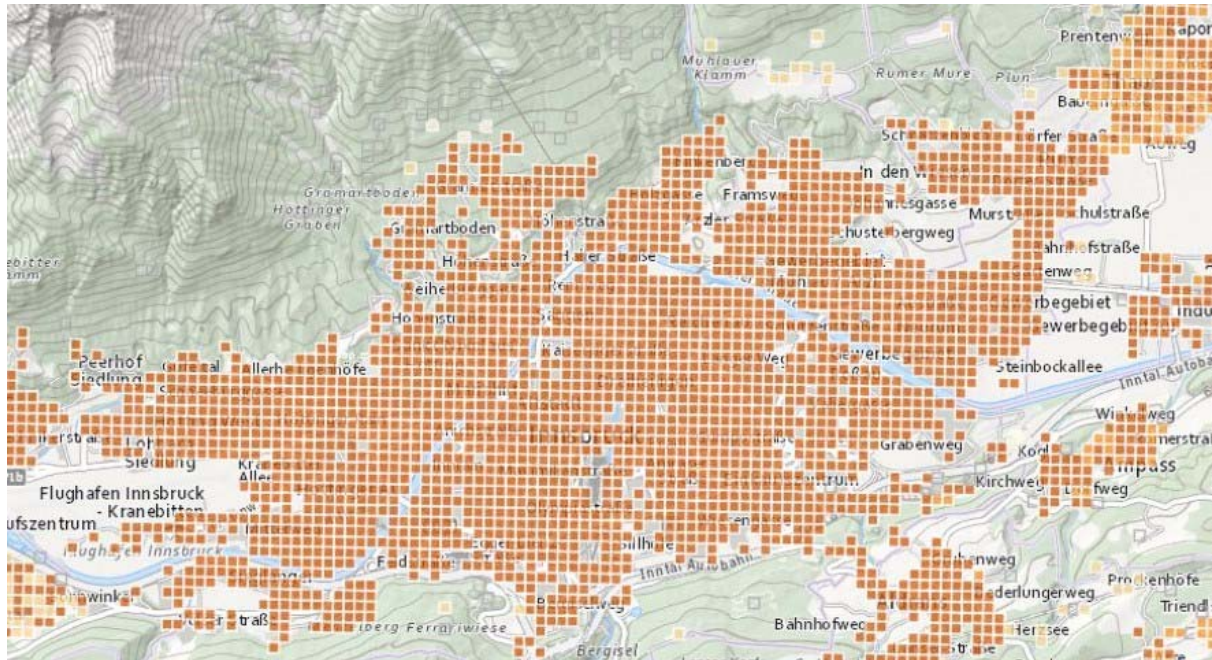
Legende:



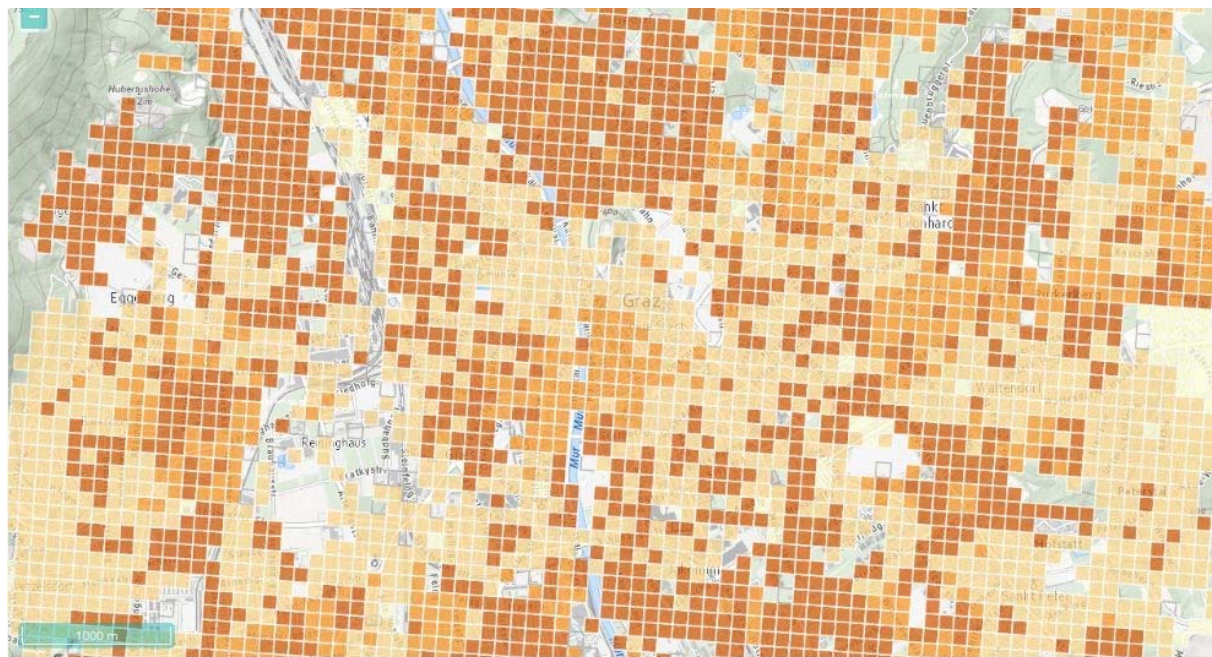
Breitbandausbau Linz:



Breitbandausbau Innsbruck:



Breitbandausbau Graz:



Anhang 2 Bürgeranfrage:

wir bedanken uns für Ihre Kontaktaufnahme mit dem BMLRT und Ihr Interesse an der Internetversorgung in Ihrer Region von Graz. Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 29.04.2020, in welchem Sie die Versorgung ansprechen, möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

Das Breitbandbüro fördert im Rahmen der Initiative Breitband Austria 2020 den Ausbau von Breitbandinternet in derzeit schlecht versorgten Regionen. Die Förderungen werden dazu in eigens festgelegten Fördergebieten angeboten. Hierzu gibt es die Förderprogramme BBA2020 Access, Backhaul, Leerrohr und Connect. Die Förderungen bieten je nach Technologie und Projekt bis zu 65% Zuschuss und werden im Rahmen von Ausschreibungen (sogenannten Calls) angeboten. Förderwerber können z.B. Telekombetreiber, aber auch Gemeinden und KMUs sein. Mehr dazu finden Sie auf der Webseite des Bundes: <https://www.bmk.gv.at/themen/telekommunikation/breitband.html>

(wir bitten um Entschuldigung, da sich die Links vielleicht kurzfristig ändern können. Grund ist die Umstellung auf der Webseite des BMLRT: <https://www.bmlrt.gv.at/telekommunikation-und-post.html>)

Die genannte Region im Südosten von Graz liegt zur Gänze in unseren Fördergebieten. Es hat sich jedoch bisher noch niemand, mit Ausnahme der Mobilfunkverstärkung, um einen geförderten Ausbau mit einem Projekt beworben. Falls später ein Fördervertrag fix zugesichert wird,

wird das Ausbauprojekt dann auch im www.Breitbandatlas.at unter  angezeigt. Dieser Layer wird vierteljährlich aktualisiert und zeigt im Form eines 100 mal 100 Meter Rasters den vertraglich fixierten Ausbauplan.



Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 9. Juli 2020
eingebracht von ***Sabine Reininghaus***

Betrifft: Mülltonne Annenstraße

Die Annenstraße ist eine zentrale und viel frequentierte Verbindungsstraße zwischen dem Hauptplatz und dem Hauptbahnhof. Leider gibt es gerade hier vielerorts Probleme mit der Müllverschmutzung denn durch das Nichtvorhandensein von öffentlichen Mülleimern gibt es oft auch keine Möglichkeit für die Bürger_innen ihren Abfall ordnungsgemäß zu entsorgen. So kommt es, dass sich in der Annenstraße zwischen Ecke Bahnhofgürtel und Haltestelle Esperantoplatz kein einziger öffentlicher Mülleimer finden lässt.

Gemäß §17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden, die Situation in der Annenstraße zu evaluieren und gegebenenfalls zusätzliche öffentliche Mülleimer bereitzustellen.